

Rüstungskonversion vorantreiben

von | Reinhard Schwitzer



ippnw-Kundgebung gegen Waffenhandel, 26.2.2014, Berlin (Foto: dpa)

Die aktuelle Debatte über Waffenexporte in Spannungsgebiete – exemplarisch im Fall Irak – hat auch in der IG Metall eine neue Diskussion über Konversion von Rüstungsgütern entfacht. Die gewerkschaftlichen Positionen sind eindeutig: »Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.« (DGB-Grundsatzprogramm von 1996) Die IG Metall bekräftigte ihre friedenspolitischen Positionen auf dem Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe: Senkung der Rüstungsausgaben, keine Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen Handlungen, Konversion von Rüstungsprodukten, wobei der notwendige strukturelle Wandel nicht zulasten der Arbeitnehmer gehen dürfe.

Trotz eindeutiger Beschlusslage bricht in Zeiten, in denen sich in der

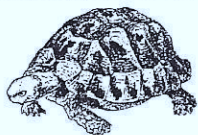
Rüstungsindustrie wirtschaftliche Probleme abzeichnen, die Diskrepanz zwischen gewerkschaftlichem Anspruch und betrieblicher Praxis immer wieder auf.¹ Dies wurde in den zurückliegenden Wochen offenkundig, als sich rund 20 Betriebsratsvorsitzende aus Rüstungsbetrieben per Brief an den Bundeswirtschaftsminister wandten und »eine klare Linie der Bundesregierung« über die künftige Ausstattungsstrategie bei der Bundeswehr sowie bei den Richtlinien für den Rüstungsexport ins Ausland einforderten.

Diese Debatte ist für die IG Metall, die für die Beschäftigten in der Branche Wehrtechnik zuständig ist, nicht neu. Bereits in den 1980er/90er Jahren drohten Teilen der Rüstungsindustrie gravierende Auftragsrückgänge: Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Tor-

nados war 1987 abgeschlossen und weitere große Beschaffungen, wie Fregatten und Leopard-Panzer, liefen aus. Zusätzlich bremste die sinkende Kaufkraft von Entwicklungsländern das rasante Wachstum der Waffenexporte. Deshalb können einige Rückblicke hilfreich sein.

Reinhard Schwitzer war 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover.

¹ Klaus Schomacker/Peter Wilke/Herbert Wulf: Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987. Um den Rüstungslobbyismus einzudämmen, gründete die IG Metall Ende der 1970er Jahre einen Arbeitskreis »Wehrtechnik und Arbeitsplätze«, dessen Ziel es sein sollte, alternative Produktion zu erleichtern. Entsprechend heißt es in der Entschließung 7 des IG Metall Gewerkschaftstages 1977: »... schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion ... auf der Basis vorhandener hochentwickelter Technologien.«



Ausgabe 10/14 u.a.:

- Anton Kobel: »Karstadt, Tengelmann, Amazon & Co. – Im- und Expressionen aus dem Einzelhandel«

- »Verkehrte Verhältnisse« – Interview mit Kirsten Huckenbeck über die Arbeit der Anlaufstelle MigrAr

- »Fremdschämen am Einheits-tag« – Protest gegen den polizeilichen Rauswurf von Flüchtlingen beim DGB Berlin-Brandenburg

- Errol Babacan und Murat Çakır: »Waffen für Demokratie?« – Über die internationale Solidarität mit dem kurdischen Rojava

Probelesen?! 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vvk.)

**Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info**

**DIE
SINNE
SCHÄRFEN.
JETZT
TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €**
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Arbeitskreise »Alternative Fertigung«

Von Arbeitslosigkeit bedroht, gründeten Ende der 1980er Jahre aktive Metaller, IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder vor allem in norddeutschen Rüstungsunternehmen Arbeitskreise »Alternative Fertigung« – bei HDW und Blohm & Voss in Hamburg, Krupp MaK in Kiel sowie Daimler Benz Aerospace Airbus und Atlas Elektronik in Bremen.

Die Arbeitskreise setzten sich zum Ziel, Produkte und Produktionsstrukturen zu entwickeln, die gesellschaftlich sinnvoll, ökologisch vertretbar und marktfähig sind.² Dabei wurden sie von Wissenschaftlern durch Expertisen unterstützt. Innerbetrieblich setzten sie auf eine offene Informationspolitik über die Hintergründe, Strategien und Ziele der Konversion. Damit sollten Arbeitsplatzängste abgebaut und die Bereitschaft zur Beteiligung an der Erarbeitung von Alternativvorschlägen geweckt werden.

Diese Aktivitäten zeigten trotz Rückschlägen durchaus auch Erfolge. In Kiel ist es z.B. in den 1980er Jahren gelungen, den Lokomotivbau durch die Initiative des Arbeitskreises Alternative Produktion bei Krupp-MaK in Kiel zu erhalten und neu zu entwickeln (Schleswig-Holstein-Lok). Das Konversions-Motto »Loks statt Leos« wurde 2001 realisiert, nachdem die Vossloh Schienenfahrzeugtechnik GmbH die Produktionsstätte von MaK-System übernommen hatte. Zuvor hatte der Anteilseigner Rheinmetall beschlossen, die Panzerproduktion in Kiel einzustellen.³ Ein weiteres Konversionsprodukt in Schleswig-Holstein war das Neigesystem für Schienenfahrzeuge der Firma Extel System Wedel (ESW). Und in der ehemaligen Marinewerft Nordseewerke, die bis 2009 zu Thyssen-Krupp Marine Systems gehörte, wurden von der Schaaf Industrie AG (SIAG) Bauteile für Offshore-Windenergieanlagen produziert.

Probleme bei der Umsetzung der alternativen Ideen

Bei der Umsetzung von Ideen zur alternativen Produktion müssen viele betriebliche Widerstände überwunden werden. Kai Burmeister, ehemaliger Koordinator des Betriebsräte-Arbeitskreises »Wehrtechnik und Arbeitsplätze«, stellte immer wieder fest, »dass viele gute Ideen sich in der praktischen Umsetzung nicht bewährt haben, weil sie oft von den Unternehmen nicht aufgegriffen wurden.« (IGM-Website, 23.7.2010) So ließ beispielsweise die MBB-Geschäftsleitung in Augsburg sämtliche Vorschläge zu Produktdiversifizierung, die der 1982 ins Leben gerufene Arbeitskreis im Laufe von vier Jahren machte, ins Leere laufen. Schließlich misslang auch die auf Drängen der Arbeitnehmervertreter entstandene Projektinitiative »Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz« (PUR) der Stadt Augsburg und des Unternehmens MBB.

Die Realisierung von Konversionsprojekten scheiterte im Wesentlichen aus zwei Gründen: Zum einen ist die Produktion von Rüstungsgütern trotz Auftragsrückgängen immer noch überproportional profitabel; so sind es besonders die politischen Anreize des Staates – neue Beschaffungsprogramme für die Bundeswehr und Lockerung der Genehmigung für Waffenexporte –, die die Unternehmen in den lukrativen Rüstungsmarkt ziehen. Zum anderen wird die Mitbestimmung von Beschäftigten und Interessenvertretungen über die Produktpalette – das »Was«, »Wie« und »Wo« der Produktion – von Eigentümern und Management als Eingriff in das unternehmerische Entscheidungsmonopol strikt abgelehnt.

Aktivitäten im Unterweserraum: »Waffenschmiede des Nordens«

Die Aktivitäten waren und sind erfolgreicher, wenn sie betriebliche und überbetriebliche Konversionsansätze miteinander verbinden und mit regionalpolitischen Zielsetzungen koppeln. Die Verknüpfung von konkreter Betriebspolitik mit wirtschafts- und strukturpolitischen Ansätzen erfordert zwar

das Bohren harter Bretter, aber wenn betriebliche und regionale Akteure infolge von Strukturwandel gezwungen sind, neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Eine entsprechende Aufbruchstimung entstand Ende der 1980er Jahre im Unterweserraum. 1989 waren laut einem Bericht des damaligen Bremer Konversionsbeauftragten Wolfram Elsner in Bremen 9% der Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes direkt von Rüstungsaufträgen abhängig; 16% fertigten Produkte, die sowohl militärisch wie zivil nutzbar waren. Zwölf große und mittelgroße Unternehmen waren Rüstungsbetriebe. Der bremische Rüstungssektor bestand zu 40% aus Elektronik, zu 31% aus Schiffsbau und -reparatur und zu 25% aus Luftfahrzeugbau und dem Bau sonstiger Fahrzeuge. Durch die veränderte globale Lage nach 1989 kam es in dieser Region zum Rückgang der Waffenproduktion. Es war dringend notwendig, strukturell-politisch zu handeln.

Eine im gleichen Jahr durchgeführte Tagung »Chancen für Rüstungskonversion« war zugleich der Gründungskongress für die »Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung«. Die Akteure – gewerkschaftliche Arbeitsgruppen für Alternative Produktion, Wissenschaftler der Universität Bremen und die Stiftung – setzten auf eine breite gesellschaftspolitische Mobilisierung für Konversion. Dies führte zum Bremischen Konversionsprogramm (BKP). Insgesamt konnten in den Bremer Rüstungsunternehmen zwischen 1992 und 2001 über 60 betriebliche Umstrukturierungsprojekte gezählt werden.⁴ Dazu gehörten auch Initiativen in einigen Unternehmen wie die »Umstellung auf neue Technologien im Umwelt-, Verkehrstechnik- bzw. Meerestechnikbereich«. In diesem Kontext war der Arbeitskreis »Alternative Produktion« der IG Metall Verwaltungsstelle Bremen besonders aktiv, der sich vorrangig für eine Rüstungskonversion bei Airbus und dem damals noch existierenden Luft- und Raumfahrtunternehmen VFW einsetzte.

Gewerkschaftliche Konversionsdebatte wieder aufnehmen

Zurück zur Gegenwart. Die von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angekündigte restriktivere Genehmigungspraxis von Rüstungsexporten bedrohe, so klagten die Rüstungsmanager im Juli 2014 unisono, die Sicherheit von rund 80.000 Arbeitsplätzen in der Branche. Natürlich kann es keinen Zweifel daran geben, dass die Sorge der Beschäftigten in den Rüstungsbetrieben am Erhalt ihrer Arbeitsplätze nicht einfach beiseite geschoben werden darf, sondern ernst genommen werden muss. Dennoch darf das Arbeitsplatzargument keine Rechtfertigung für Waffenlieferungen in Krisengebiete sein.

Umso dringlicher sind Konzepte für eine Konversions- bzw. Diversifikationspolitik, um den Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen Engagement der Gewerkschaften und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aufzuheben. Den Beschäftigten muss klar sein: Eine dauerhafte, gute Beschäftigung ist langfristig nur mit der schrittweisen Umstellung auf zivile Güter zu bewerkstelligen. »Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.« (Resolution der Delegiertenversammlung der IGM Vst. Stuttgart v. 20.9.2014)

Einen ersten Anstoß zur Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Debatte zur Rüstungskonversion gaben die Delegierten 2007 auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag in Leipzig, indem sie den Antrag der Verwaltungsstelle Hannover annahmen und den Vorstand aufforderten, »die Rüstungskonversionsansätze in der Metallwirtschaft weiterhin aktiv zu unterstützen und das »Aktionsprogramm Rüstungskonversion« (1998) zu aktualisieren«. Doch letztlich beschränkte sich die Debatte auf die Betriebsräte des »Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze«. Die Ergebnisse flossen in das Positionspapier der IG Metall »Entwicklungen der

Wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland« (2012) ein.

Darin werden zwar die Unternehmen aufgefordert, »in zukunftsweisende neue zivile Produktsegmente (zu) investieren«, doch gleichzeitig wird festgestellt, dass »der Industriestandort Deutschland nicht von Forschung allein leben (kann), vielmehr müssen neue (Rüstungs-)Produkte und Verfahren auch entwickelt und produziert bzw. angewendet werden.« Dieser gleiche Spagat findet sich in den »Positionen der IG Metall« für das Gespräch der Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben mit Sigmar Gabriel am 19. August 2014.⁵

Es ist deshalb dringend erforderlich, eine breite Debatte in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit zu beginnen. Welche Konversionsalternativen gibt es? Wer sollte wie mit einbezogen werden? Wer sind Bündnispartner? Das Thema Rüstungsproduktion und -exporte und deren Auswirkungen sowie die Konversion muss innerorganisatorisch – in Delegiertenversammlungen (siehe Resolution der IGM Vst. Stuttgart), Geschäftsführerkonferenzen und auf dem IGM-Gewerkschaftstag 2015 – sowie in der Öffentlichkeit wieder stärker thematisiert werden. Es ist notwendig gegen den Widerstand der Rüstungsindustrie und ein ideologisch motiviertes politisches Nichtstun, das am Ende den rüstungswirtschaftlichen Status quo zementiert, die gewerkschaftlichen Kräfte und friedenspolitischen AktivistInnen zu mobilisieren – im Interesse einer friedlichen Zukunft.

² Vgl. Rüstungskonversionsansätze in der Metallwirtschaft – Fortschreibung des »Arbeitsprogramms der Rüstungskonversion« der IG Metall, Schriftenreihe 143, Frankfurt a.M. 1998.

³ Lutz Oschmann: Vossloh Lokbau im Aufwind, in: Rundbrief 1/2001, Arbeitskreise Alternative Produktion.

⁴ Vgl. Andrea Kolling: Rüstungskonversion 2013 – ein Neubeginn? Zum Beispiel das Bremer Konversionsprogramm, www.ag-friedensforschung.de, 25.10.2013.

⁵ Wehr- und sicherheitstechnische Industrie: »Positionen der IG Metall« für das Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am 19.8.2014 in Berlin.

Resolution der Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart (20.9.2014)

Deutschland ist nach den USA und Russland inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den zweiten Platz ein, bei U-Booten den ersten. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Für Produkte, die ausschließlich zum Töten von Menschen hergestellt wurden, ist dies eine ungeheure Summe. Gemessen am Gesamtexportvolumen Deutschlands (1.100 Mrd. Euro) ist sie vernachlässigbar, entspricht sie doch gerade einmal 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie eher gering (Schätzungen liegen bei 80.000 bis 100.000), aber die moralische Komponente dieser Produktion ist doch sehr bedrückend. Denn: Rüstungsproduktion ist kein »normaler« Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion. 62% der Exporte gingen an so genannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Ein Teil

davon ging wiederum in Staaten, die zu den Spannungsgebieten gehören oder zu diesen Beziehungen pflegen (wie z.B. Saudi-Arabien). Wir verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und fordern:

- Bei allen Waffenexporten einschränkende Gesetze und eine restriktivere Handhabung derselben! Das erfordert auch eine parlamentarische Kontrolle aller Waffenexporte. Begrenzung der Rüstungsexporte auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO), insbesondere keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden! Totales Verbot des Exports von Kleinwaffen! Keine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern! Langfristig wäre wünschenswert, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz abzuschaffen. Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. Angesichts der heutigen Situation (Kriege, Klimawandel, Rohstoffknappheit ...) kann sich dies die Menschheit nicht leisten.
- Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger

Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit ...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.

- Bei den Rüstungsarbeitsplätzen handelt es sich zum großen Teil um hochqualifizierte anspruchsvolle Arbeitsplätze (s. z.B. Roman Zitzelsberger in der Kontext-Wochenzeitung vom 27.8.2014). Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden. Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung – diesen Satz von unserem Bezirksleiter Roman Zitzelsberger unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die Initiative zur Konversion für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie im Positionspapier der IG Metall »Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland« vorgeschlagen wird.



Kunstaktion vor dem Reichstag, 26.2.2012 (dpa)